

Impulse gegen Rechtsextremismus

SeniorInnen gegen „rechts“?

Demokratische und antidemokratische Einstellungen von SeniorInnen und Folgen für die politische Bildungsarbeit*

Einleitung

Fremdenfeindliche Einstellungen werden oft vor allem Jugendlichen zugeschrieben. Wissenschaftliche Studien hingegen belegen, dass Rechtsextremismus auch in anderen Altersgruppen vermehrt zu finden ist. „Die Kurve der menschenfeindlichen Haltungen der verschiedenen Altersgruppen ist U-förmig“, so Sozialforscher *Prof. Dr. Andreas Zick*. Jugendliche und ältere Menschen zeigen eine hohe Zustimmung zu Autoritätsgläubigkeit und Ungleichheitsdenken, zu Vorurteilen gegenüber Schwächeren, AusländerInnen oder Frauen. Im mittleren Lebensalter dagegen sind die menschenfeindlichen Einstellungen weniger. *Susanne Stollreiter*, Leiterin des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, hält die staatliche Fokussierung auf die Jüngeren es für einen „fatalen Fehler“ Rechtsextremismus nur auf der Ebene der Jugendlichen zu bekämpfen.

Es ist aus zweierlei Gründen attraktiv, SeniorInnen vermehrt in den Kampf gegen Rechtsextremismus einzubeziehen. Eventuell fremdenfeindliche Einstellungen können leicht beim Familienkaffee geäußert werden und so auf den Rest der Familie abfärben. Auf der anderen Seite sind ältere Menschen wegen der Autorität, die sie durch Lebenserfahrung gewonnen haben, auch interessant als MeinungsführerInnen im Kampf gegen Rechtsextremismus. Auf der Konferenz *SeniorInnen gegen „rechts“?* der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierten Interessierte und Fachleute, wie SeniorInnen aktiv gegen Rechtsextremismus angehen können.

* Dokumentation zur Konferenz am 1. Juli 2011 in Berlin



Die Vortragenden waren:

- *Dr. Peter-Georg Albrecht*, Sozialwissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal
- *Prof. Dr. Wolfgang Benz*, ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin
- *Wolfgang Freter*, Sozialwissenschaftler
- *Michaela Hansen*, Initiatorin von Granny-Aupair
- *Bianca Klose*, Geschäftsführerin des Vereins für demokratische Kultur e.V.
- *Dr. Michael Kohlstruck*, Zentrum für Antisemitismusforschung TU-Berlin
- *Franz Müntefering MdB*, ehemaliger Parteivorsitzender der SPD
- *Timo Reinfrank*, Stiftungskoordinator Amadeu Antonio Stiftung
- *Elke Reuter*, Mediatorin und Bildungstrainerin
- *Helga Walter*, ehemalige Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen
- *Joachim Wolf*, Projekt „Generation 50plus aktiv im Netz gegen Nazis“
- *Prof. Dr. Andreas Zick*, Sozialforscher der Universität Bielefeld



Andreas Zick:

„SeniorInnen fühlen sich einflusslos“

Dass es höchste Zeit ist, SeniorInnen in den Kampf gegen Rechtsextremismus einzubeziehen, betonte Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld in seinem Vortrag. Er präsentierte seine Studien über die politischen Einstellungen von SeniorInnen. Die Wichtigkeit, sich auf Ältere zu fokussieren, gründe unter anderem darin, dass durch den demografischen Wandel ein immer größerer Teil der Gesellschaft von SeniorInnen gestellt wird, so Zick.

Außerdem führten individuelle Veränderungen durch das Älterwerden dazu, dass SeniorInnen eine besondere Aufmerksamkeit im Kampf gegen Rechts erhalten sollten. Der „Alterseffekt“ führe laut Zick dazu, dass die Bedeutung der engeren sozialen Netze zunehme und das Gefühl des Kontrollverlusts steige, was wiederum bewirke, dass man stärker auf Unterstützung angewiesen sei. Das alles spräche laut Zick für ein Interesse an einem demokratischen und verlässlichen Umfeld. Viele SeniorInnen hätten dennoch kein Interesse an einem demokratischen politischen Engagement, sei es weil sie sich tendenziell

eher abschirmten und tagesaktuelle Ereignisse als weniger bedeutsam wahrnähmen, oder weil sie aus ihrer Lebenserfahrung heraus sich nicht dafür motivieren könnten, so Zick.

Knapp ein Drittel äußert sich ausländerfeindlich

Zicks Ausführungen über die politischen Einstellungen von älteren Menschen beruhen auf den Datengrundlagen des Forschungsprogramms „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung aus den Jahren 2002–2011, den Forschungsdaten zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa von 2008 und den „Mitte“-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Jahre 2006 bis 2010. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Fast alle untersuchten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind bei den Über-65-Jährigen am deutlichsten ausgeprägt.

Die Aussage „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ befürworteten in den Studien deutlich mehr ältere Menschen als Menschen rund um die 40 Jahre. „Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Mutterrolle besinnen“ fanden ebenso überproportional mehr Ältere. Doch auch Jugendliche unter 21 Jahren stimmten diesem Statement vermehrt zu, was die eingangs erwähnte U-Kurve bestätigt. Ähnliche Ergebnisse gab es zu antisemitischen („Juden sind an ihrer Verfolgung mitschuldig“), islamophoben und generell fremdenfeindlichen Aussagen. Knapp ein Drittel der befragten RentnerInnen der „Mitte-Studien“ äußerte sich laut Zick im Rahmen der Studien sich ausländerfeindlich, ein gutes Fünftel chauvinistisch und etwa 13 Prozent antisemitisch.

Der Grund, warum sich viele SeniorInnen nicht politisch engagierten, so Zick, sei keinesfalls mangelndes Interesse: Im Gegenteil, das politische Interesse sei bei ihnen hö-



her als bei allen anderen Altersgruppen. Zugleich aber erlebten SeniorInnen sich als einflussloser als die anderen Befragten. neigten sie eher als Menschen anderer Altersgruppen zu autoritären Orientierungen. Die Billigung von Gewalt habe unter ihnen, so Zick, sogar höhere Zustimmungswerte als unter Jugendlichen.

Die kontinuierlichen Studien des Instituts für Konfliktforschung zeigen, dass die menschenfeindlichen Haltungen unter den älteren Menschen nicht mit den Kriegsgenerationen verschwinden.

Zick betonte in seinem Vortrag, dass die Älteren selbst oft diskriminiert werden. In einer Gesellschaft, die sehr viel Wert auf Jugendlichkeit lege und das Alter stigmatisiere, gebe es viel „Ageism“, die Stereotypisierung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters. SeniorInnen fühlen sich laut Zick jedoch nicht nur durch Diskriminierung geschwächt, sondern auch dadurch, dass sie mit dem Alter zunehmend kränker würden und ihren beruflichen Status verlören.

Von dieser mehrfachen Diskriminierung gehe eine Gefahr aus, so Zick: Ältere wollen ihre Diskriminierung verhindern, indem sie sich über die Abwertung von anderen als zugehörig präsentieren: „Vorurteile in der Mitte werden dann dazu benutzt, Generationenkonflikte auf dem Rücken von Minderheiten zu führen“, sagte Zick.



Franz Müntefering:

„Wir sind alle gleich viel wert“

Je weniger Einzelne mitwirken und mitentscheiden könnten, desto eher bildeten sie autoritäre Meinungen aus, bestätigte der ehemalige SPD-Parteivorsitzende Müntefering

im Anschluss die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studien. Die Frage des Extremismus sei demnach die Frage, wer „demokratisch legitimiert“ entscheiden dürfe: Ob es „wie im Urwald“ zugehe, wo das Recht des Stärkeren herrsche, oder ob man sich dem menschlichen Fortschritt verschreibe und damit die Grundlage der Demokratie, die Überzeugung von der Gleichwertigkeit aller Menschen, festige. Müntefering betonte, dass die Gleichwertigkeit der Menschen eine Überzeugung sei, die die Sozialdemokratie seit 150 Jahren pflege. Es reiche in einer Demokratie nicht aus, so Müntefering, „alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen“, sondern man müsse sie aktiv vertreten. „Wir sind nicht alle gleich, wir sind alle Unikate. Aber wir sind gleich viel wert. Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes gilt eben nicht nur für nichtbehinderte, weiße, mittelalte Männer“, so Müntefering. Extremismus beginne da, wo andere gering geschätzt würden, sich die einen über die anderen erheben. „Vorurteile sind der Einstieg in Diskriminierung und Extremismus.“

„Die Demokratie ist uns auferlegt worden“

Die Westdeutschen hätten dieses demokratische Verständnis nach dem zweiten Weltkrieg von den Alliierten auf eine außergewöhnliche Weise „gelernt“: „Die Demokratie ist uns auferlegt worden“, so Müntefering. Tatsächlich sei Deutschland noch lange nach 1945 „ein vermiefte, hochreaktionäres Land“ gewesen. Bei der Erziehung seien damals Vorurteile und diskriminierende Äußerungen an der Tagesordnung gewesen. Die ProtestantInnen hatten aus Sicht der KatholikInnen „den falschen Glauben“, LehrerInnen schlugen SchülerInnen und in der Familie regierte autoritär der Pater familias. „Das war nicht gut, um Demokratie zu lernen“, meint Müntefering. Zum Beispiel spüre Deutschland bis heute die Auswirkungen des Diktums von der „gemeinschaftszersetzenden Berufstätigkeit der Frau“, wie es vom damaligen Familienminister Franz-Josef Wuermeling Anfang der 1950er-Jahre propagiert worden war.

Damals, so Müntefering, hätten die Deutschen die Demokratie vor allem deshalb akzeptiert, weil sie mit einem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung einherging. „Ich weiß nicht, was uns diese Demokratie noch wert wäre, wenn der Wohlstand nicht mehr gegeben wäre.“ Der Beifall für die These „Deutschland schaffe sich ab“, wenn in Deutschland bis 2100 „die MigrantInnen die Mehrheit hätten“ sei gefährlich.



Es gibt keinen Schaukelstuhl in der Demokratie

Gerade ältere Menschen, deren Erziehung von Vorurteilen geprägt war und die auch heute noch ein eher ökonomisch orientiertes Demokratieverständnis haben, hätten mehr Schwierigkeiten die Interessen anderer Länder und Menschen in der globalisierten Welt anzuerkennen. Hätte man die SeniorInnen jedoch einmal für eine feste, menschenoffene Demokratie gewonnen, sei das ein stabiler und dauerhafter Gewinn, sagte Müntefering. Wenn Kinder in der Familie lernten, den anderen zu respektieren, dann „hält das oft das ganze Leben“. Deshalb hätten gerade ältere Menschen eine besondere Verantwortung im Kampf gegen undemokratisches und menschenfeindliches Gedankengut. „Es gibt keinen Schaukelstuhl in der Demokratie“, mahnt Müntefering. „Was macht eigentlich diese Truppe zwischen 60 und 80? Sitzen die auf Mallorca und sagen: seht zu wie ihr zurande kommt? Oder wollen die sich einmischen und mitmischen?“ Die Vernünftigen aller Generationen brauche man, um den Leitgedanken der Gleichwertigkeit aller Menschen in der Welt zu pflegen und verbreiten.

Die Diskussion: Politische Einstellungen sind „vererbbar“

Eine Erklärung der hohen Zustimmungswerte der Älteren zu menschenfeindlichen Aussagen lieferte in der anschließenden Podiumsdiskussion Prof. Dr. Wolfgang Benz, ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. „Die Alten haben etwas zu verteidigen“, sagte Benz: Die ältere Generation versuche ihre Lebensleistung zu würdigen, indem sie auch der Zeit des Nationalsozialismus einen gewissen

Wert zuspräche. Dann fielen Sprüche wie „Es kann ja nicht alles schlecht gewesen sein“ oder: „An den Tugenden wie Zucht und Ordnung kann sich die Jugend heute ein Beispiel nehmen“. Prominente wie die Autorin und Fernsehmoderatorin Eva Hermann und der Berliner Politiker Thilo Sarrazin knüpften laut Benz mit ihrer Geschlechterideologie und ihrem Kulturrassismus an diese Gefühle an und sorgten für eine „schleichende Exkulpierung des Rechtsextremismus“, die sich auch „vererbe“. Kinder könnten in der Schule einen noch so guten Geschichtsunterricht genossen haben, meint Benz, wenn da der Opa zu Hause sitzt und sagt, es sei ja gar nicht so schlecht gewesen mit Hitler, dann blieben diese Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft salonfähig.

Auch der Alterswissenschaftler Dr. Peter-Georg Albrecht von der Hochschule Magdeburg-Stendal, Autor der Studie „Von früher lernen heißt...“, betonte im Rahmen der Konferenz, dass es ein menschliches Bedürfnis danach gebe, in seinem jeweiligen Leben etwas gut gemacht zu haben, „mit sich im Reinen“ zu sein. Rechtsextrem seien deshalb für viele Ältere immer „die Anderen“, Menschen an den Rändern der Gesellschaft; oder eben „die Kinder der Anderen“, wenn es um junge Neonazis gehe. Deshalb seien seine Forschungsgespräche mit den SeniorInnen über die eigenen politischen Einstellungen schwierig gewesen, berichtete Albrecht. Politische Überzeugungen seien weitgehend ein Tabuthema. Die befragten SeniorInnen über 60 Jahren hätten weder über eigene Opfererfahrungen noch über Beispiele von Zivilcourage nachgedacht und hätten dementsprechend nicht benennen können, was sie sowohl an Werten wie Demokratie oder Menschenwürde, als auch an Erfahrungen mit Diskriminierung weitergeben könnten. „Da waren große Leerstellen“, so Albrecht.

Der Ruf nach der „starken Hand“

Helga Walter, ehemalige langjährige Leiterin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen, bestätigte auf der Konferenz diese Tabuthemen aus ihrer praktischen Arbeit. Ihr sei bis zu der Konferenz nicht klar gewesen, dass man bei der Gruppe der Älteren verstärkt Rassismus fände. Doch ihr sei bewusst geworden, dass viele ihrer Gesprächspartner schnell nach einer „starken Hand“ suchten, damit sie sich nicht selbst mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen müssten und sich sicherer fühlen könnten. Auch dass Demokratie tatsächlich Toleranz, Diskussion und Kompromissbereitschaft bedeute, sei vielen Älteren, die „endlich ihre Ruhe“ haben wollten, eher lästig, sagte Walter. Aus dieser unpolitischen Haltung heraus applaudierten sie dann dem örtlichen NPD-Vorsitzenden in Berlin-Köpenick, wenn er gegen die Kürzungen von Geldern für Seniorentagesstätten wettete. „Man kann sie schnell mit Parolen fangen“, sagte Walter. Auf der anderen Seite hätten in Köpenick auch viele RentnerInnen die Initiative gegen Rechtsradikalismus „Bunt statt Braun“ unterstützt. „Die Älteren haben viel Freizeit, sie haben die Kapazitäten, etwas zu tun, man muss ihnen nur Angebote machen, damit die Rechten nicht die ersten sind, die sie ansprechen“, so Walter.

„Demokratie ist nicht sicher“

Auch der ehemalige SPD-Vorsitzende *Franz Müntefering* sieht in diesem Bereich Bedarf. Er machte noch einmal deutlich, dass es einen fließenden Übergang zwischen dem Wunsch nach Struktur und Sicherheit und dem Abrutschen in Autoritarismus und rechtes Gedankengut gebe. Demokratie-Bildung sei nötig: „Der richtige Weg“

müsse demonstriert werden, denn „man darf es nicht schön schminken, es gibt dieses Gedankengut und es sitzt tief in den Köpfen“. Gerade mit der Globalisierung gehe eine Erfahrung von Kontrollverlust einher, in deren Folge die Menschen der Demokratie nicht mehr viel zutrauten, sondern über eine „edle Diktatur“ nachdächten und eine Abschottung gegenüber MigrantInnen befürworteten. „Demokratie ist nicht sicher, man muss etwas dazu tun, wenn sie bleiben soll“, so Müntefering.

Wo ExtremistInnen Menschen abholen

Dass die Gruppe der SeniorInnen bis jetzt nicht im Fokus der Programme gegen Rechtsextremismus war, hat laut Konfliktforscher *Andreas Zick* mehrere ineinander greifenden Gründe. „Wir haben eine ganze Generation verschlafen“, sagte Zick. Zum einen habe man angenommen, dass der Extremismus der Älteren mit der Kriegsgeneration aussterbe. Zum anderen begreife sich die Gesellschaft heute stärker denn je als Wettbewerbs- und nicht als Kooperationsgesellschaft. Damit seien die Älteren, die auf Kooperation angewiesen seien, aus dem Fokus gerutscht.

Über diese Faktoren müssten sich die Fördernden und GutachterInnen klar werden und entsprechende Konsequenzen ziehen. Die Formate seien teilweise entwickelt, teilweise aber müsse man noch weitere Bedürfnisse der SeniorInnen erfassen. Diese Bedürfnisse bestünden seien mehr als „Sicherheit“. Die höchsten Extremismuswerte in den Studien der Bielefelder Konfliktforscher haben ostdeutsche arbeitslose Seniorinnen, eine Gruppe, die überhaupt keinen Zugang zur Gesellschaft mehr habe, die völlig im Abseits stehe, meinte Zick. „Dort, im Abseits,



Podiumsdiskussion: Politische Einstellungen sind „vererbbar“



werden sie dann von Extremisten abgeholt.“ Die SeniorInnen versuchten dann, sich über extreme Meinungen in eine kapitalistische Gesellschaft der Ungleichheiten zu integrieren. „Die Daten riechen danach, dass wir europaweit in einer Situation sind, wo Menschen aufgrund der angespannten ökonomischen Situation die demokratischen Verfahren bezweifeln“, so Zick. Deshalb seien die RechtspopulistInnen in Europa derzeit generationsübergreifend erfolgreich. Dagegen könne man nicht mit einem kurzfristigen Projekt angehen; vielmehr seien stärkere Veränderungen in den materiellen Grundlagen der Gesellschaft gefragt.

Wolfgang Benz machte darauf aufmerksam, dass es im gesamtgesellschaftlichen Diskurs inzwischen eine islamophobe Strömung gebe. „Das ist derselbe Diskurs wie vor 60 Jahren gegenüber den Juden...“. Gerade da seien die SeniorInnen gefordert, die die antisemitische Strömung noch gut kennen. Sie sollen laut Benz nicht „krückstockschwingend“ auf Demos gehen, sondern sich vielmehr in den Altersdiskurs einmischen. Die Pauschalisierung und Kriminalisierung einer religiösen Gruppe habe schon einmal mit Völkermord geendet.

Mit Inklusion für mehr Gleichwertigkeit

Helga Walter und *Franz Müntefering* wiesen zum Schluss der Podiumsdiskussion darauf hin, dass es schon ein formuliertes Projekt gegen den Sozialdarwinismus gebe,

nämlich das der Inklusion, bekannt geworden durch die UN-Resolution über die Inklusion von Behinderten in die Schulen, einem klassischen Beispiel für den Umgang mit Ungleichheiten, der nicht zu Ungleichwertigkeiten führe. Das sollten sich Eltern überlegen, so Müntefering, die ihre Kinder auf Eliteschulen schickten, die sie „hochintelligent, aber als soziale Autisten verließen“. *Andreas Zick* wies darauf hin, dass gerade die Alten die Inklusion besonders glaubhaft einfordern könnten. Sie zeigten am lebenden Beispiel, dass alle Menschen im Laufe ihres Lebens psychisch oder physisch eingeschränkt werden können.

Mit dem Publikum wurde diskutiert, welche Gründe das fehlende Engagement von Älteren gegen Rechtsextremismus habe. Diese Generation habe ihre Vergangenheit nicht aufgearbeitet und falle deshalb als Demokratie-Vermittler aus, meinte ein Gewerkschafter und Konferenzteilnehmer. *Helga Walter* wies darauf hin, dass Ältere in der Gesellschaft massive Diskriminierungen erleben, was Rückzugstendenzen verstärke. *Wolfgang Benz* appellierte an das Wirken im unmittelbaren Umfeld anhand des Beispiels einer älteren Dame, die rechtsradikale Sprüche mit Spiritus von Hauswänden putze. Und *Franz Müntefering* wies darauf hin, dass die Mittel für die Projekte der „Sozialen Stadt“, die für Inklusion arbeiteten, zu drei Viertel gekürzt wurden. So würde Politik auch Bedingungen zerstören, die für soziales Engagement nötig seien.

Die Workshops

Workshop 1 „Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen gegen „rechts“?

Moderation: Susanne Stollreiter

In diesem Workshop sollten unter anderem folgende Fragen geklärt werden: Wie steht es um das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen gegen Rechtsextremismus? Wie kann man mehr Menschen motivieren, sich zu engagieren? Welche Hindernisse gibt es? Welche Lösungen?

Dr. Peter-Georg Albrecht betonte Treffen auf gleicher Augenhöhe und Sympathie als sehr wichtige Faktoren, um Menschen zu mehr politischem Engagement zu motivieren. Er unterscheidet vier Typen von sich Engagierenden:

1. die ängstlich Meidenden (meist weiblich)
2. die unsicher Reagierenden
3. die entschieden Agierenden (meist männlich)
4. die sich zusammen mit anderen Engagierenden.

Die letzte Gruppe sei nach seinen Forschungen die größte Gruppe. Gerade für ältere Menschen scheint es also sehr wichtig zu sein, sich gemeinsam mit anderen für etwas einzusetzen.

Aus seinen Untersuchungen schließt Albrecht weiterhin auf drei wichtige Faktoren für zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen:

- **Die Einbettung:** Ältere Menschen werden dazu gebracht, an gemeinschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen. Dies setze nicht unbedingt voraus, dass sie bereits in einer Gruppe aktiv sind; sie könnten auch von Freunden und Bekannten mitgenommen werden.

- **Die Qualifizierung:** Nach der Aufnahme einer zivilgesellschaftlichen Tätigkeit sei eine Qualifizierung zum Freiwilligenengagement ebenso wichtig wie das Training von schwierigen Situationen.
- **Die Wehrhaftigkeit:** Eine engagierte Person müsse eine gewisse Wehrhaftigkeit besitzen, d.h. sie müsse darin gefestigt sein, mit Überzeugung ihre eigene Meinung zu vertreten und zu zeigen, dass bestimmte Dinge nicht toleriert werden – im Familien- und Freundeskreis genauso wie in der Öffentlichkeit. Mit Kritik und Ablehnung müsse jeder Engagierte rechnen.

Angebote schaffen und die Angst überwinden

Timo Reinfrank, Koordinator der Amadeu Antonio Stiftung, betonte in dem Workshop, dass vor allem Angebote zur Beteiligung und Sensibilisierung für SeniorInnen geschaffen werden müssten. Wichtig sei aus seiner Erfahrung auch, dass das Setting für diese Angebote entsprechend den Bedürfnissen der älteren Menschen ausgerichtet ist. Die Öffentlichkeitsarbeit muss beispielsweise die spezifische Mediennutzung von SeniorInnen berücksichtigen. Ältere Menschen könne man schlecht mit Mail-verteiltern erreichen.

Das größte Hindernis für eine Beteiligung von älteren Menschen sieht er jedoch bei dem Thema Angst, die ein mögliches Engagement gegen Rechtsextremismus lähmt. Dazu komme, dass gerade älteren Menschen häufig das Wissen über die rechtsextreme Szene und Engagementmöglichkeiten fehlen würden. Es sei daher eine wichtige Aufgabe, sichtbar und erfahrbar zu machen, dass man sich auch im Alter noch gegen Nazis engagieren könnte.

Ebenso sei die Rolle älterer Menschen bei der Sozialisation und Vorbildwirkung für Kinder und Jugendliche sehr bedeutsam. Rechtsextremismus werde von der Gesellschaft vor allem immer noch als Jugendproblem wahrge-



Workshop 1: Bürgerschaftliches Engagement gegen „rechts“?

nommen. Diese Sichtweise sei auch in der Arbeit gegen Rechtsextremismus lange prägend gewesen. Die Politik habe ebenfalls dementsprechend bislang noch nicht auf das Problem Rechtsextremismus bei älteren Menschen reagiert. So müssten längerfristig alle Konzepte sowie die Programme des Bundes und der Länder geändert werden.

Sich im eigenen Umfeld engagieren

Im Rahmen der Diskussion wurde unter anderem die Frage gestellt, wie man ältere Menschen erstmals auf politisches Engagement ansprechen könnte. Es wurde diskutiert, dass man den Fokus generell eher auf gesellschaftliches statt politisches Engagement legen sollte, da Politik oft negativ besetzt sei. Darüber hinaus stellten die DiskutantInnen fest, dass rechtsextreme Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte verankert seien. Deshalb sei es wichtig, mit Menschen aus dem unmittelbaren Umfeld zu sprechen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Gerade bei Diskussionen über gesellschaftliche Themen müsse man allerdings aufpassen, wer wie argumentiert, denn RechtsextremistInnen seien nicht immer als solche sofort erkennbar. Dies sollten auch Ältere beachten, wenn sie sich engagierten. Ihr Engagement sei jedoch unbedingt notwendig: Je mehr die Gesellschaft auseinander drifte, desto leichter hätten es rechte Gruppierungen, resümierten die WorkshopteilnehmerInnen; daher müsse man sich auch im Alter darauf konzentrieren, die Gesellschaft menschenfreundlicher zu gestalten. Gerade bei der Vermittlung von Werten könnten SeniorInnen einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie sich beispielsweise in Schulen und Kindergärten engagieren. Als besonders vorbildlich genannt wurde das Engagement im Rahmen der Organisation SIS (Seniorpartner In School) e.V., die Konfliktmediation an Schulen mit der Unterstützung von SeniorInnen betreibt.

Zusammenfassung der Ergebnisse des ersten Workshops: Ältere Menschen lassen sich vor allem dann für gesellschaftliches Engagement begeistern, wenn sie erkennen, dass man sich gemeinsam mit Gleichgesinnten für

die Gesellschaft engagiert. Gerade bei der Vermittlung von Werten spielen Ältere eine entscheidende Rolle im Kampf gegen Rechtsextremismus. Das größte Hindernis für ein Engagement gegen Rechts von älteren Menschen ist die Angst. „Dieser Angst kann jedoch begegnet werden, in dem man sich gemeinsam mit anderen engagiert und sich trainiert d.h. Wissen über die rechte Szene erwirbt, Zivilcourage trainiert, sich weiterbildet. Außerdem kann man sein Engagement niedrigschwellig halten, indem man sich im gewohnten Umfeld und in der eigenen Umgebung engagiert“, erklärte *Susanne Stollreiter*.

Workshop 2: „Aus der Geschichte lernen“ – Was kann das heißen?

Moderation: Kristina Nauditt

Subjektives Geschichtserleben wird häufig unreflektiert von älteren Menschen an jüngere Generationen weitergegeben. Ereignisse aus der Zeit des Nationalsozialismus werden wenig hinterfragt und oft beschönigt. Unbewusst wird so rechten Gruppierungen, die eine ähnlich geschönte Sichtweise vom Nationalsozialismus vertreten, in die Hände gespielt. Im zweiten Workshop wurde gefragt: Wie vermittelt man als SeniorIn Geschichte richtig? Was heißt es, aus der Geschichte zu lernen? Welche Gefahr bergen Geschichtsmythen und was kann man dagegen tun?

Dr. Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin bezweifelte, dass man immer etwas aus der Geschichte lernen müsse, um Fehlerwiederholungen zu vermeiden. Geschichte wiederhole sich nicht, sondern ergebe sich immer wieder aus neuen, unvorhersehbaren Ereignissen, die neue Reaktionen erforderten. Aus der Geschichte lernen könne außerdem bedeuten, eine Minimalmoral, die für alle gelten soll, aus ihr ableiten zu wollen. „Wissen über Geschichte kann als Grundlage vermittelt werden, moralische Lehren ziehen wir jedoch oft eher aus zeitgeschichtlichen Ereignissen oder unserem direkten Erleben“, sagte Kohlstruck.



Workshop 2: „Aus der Geschichte lernen“



Workshop 3: Politische Bildungsarbeit

Deutsche Verantwortung reizt zum Widerspruch

Weiterhin treffe man in Deutschland häufig auf die These, dass Deutsche eine besondere Verantwortung hätten, aus der Geschichte zu lernen. Die nationalsozialistische Vergangenheit zwingt Deutschen einen besonders bewussten Umgang mit der eigenen Geschichte auf, so Kohlstruck. „Das Selbstbewusstsein als Deutsche impliziert eine Verpflichtung zum lebenslangen Lernen, das ist unser nationales Identitätsgefühl“, so Kohlstruck. Eine solche Auffassung stoße jedoch gerade bei jungen Menschen häufig auf Ablehnung, warnte Kohlstruck.

Geschichtswissen für Politikverständnis und Selbstreflexion

In der anschließenden kontroversen Diskussion einigten sich die WorkshopteilnehmerInnen darauf, dass es für Ältere wie Jüngere wichtig sei, die Geschichte zu kennen, damit sie politische Zusammenhänge besser einordnen und verstehen können. Zum anderen herrschte Übereinstimmung darüber, dass dieses Geschichtswissen vor allem notwendig ist, um die eigene Rolle reflektieren zu können und aus dem subjektiven Erleben herauszuheben.

Die Problematik des „Aus der Geschichte lernen“ wurde in einem Beitrag des Sozialwissenschaftlers *Wolfgang Freter* noch einmal deutlich. Anhand von Beispielen aus dem Internet zeigte er, wie Rechtsextreme die Geschichte für ihre Propaganda instrumentalisieren, indem sie beispielsweise das Bombardement von Dresden durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg ohne historischen Zusammenhang darstellen. Die revisionistischen Positionen, die im Internet verbreitet werden, unterstützten eine rechtsextreme Mythenbildung, so Freter. Auch das, was ZeitzeugInnen erlebt haben, müsse historisch eingeordnet werden, um daraus etwas lernen zu können.

Zusammenfassung des zweiten Workshops:

Im Rahmen der Diskussion entwickelte die Gruppe folgende Handlungsperspektiven:

- Geschichtliches Wissen muss vermehrt an jüngere Generationen weitergegeben werden. Geschichte muss für sie verständlich sein und der Nutzen ihrer Vermittlung begreifbar gemacht werden.
- Hilfreich kann sein, die unterschiedlichen Perspektiven auf Geschichte durch verschiedene Generationen deutlich zu machen, die eigene Sichtweise nicht als die einzig gültige darzustellen, sondern ihre Interpretierbarkeit und die Konsequenzen dieser Interpretierbarkeit aufzeigen.
- Um Geschichte vor Fehlinterpretationen und Missbrauch in Form von Geschichtsmythen und Instrumentalisierung zu bewahren, sollte sie unter dem Aspekt der Demokratie und Menschenrechte vermittelt werden.
- Basis aller Geschichtsvermittlung sollte das wirkliche Zuhören sein, das Fragen stellen. Auch ungeliebte Fragen müssen möglich sein und beantwortet werden.

Workshop 3: Wie sollte eine erfolgreiche politische Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus für SeniorInnen aussehen?

Moderation: Dr. Beyhan Şentürk

In diesem Workshop ging es um die SeniorInnen als AdressatInnen politischer Bildungsarbeit. Sind sie eine völlig neu zu erschließende Gruppe, braucht die Bildungsarbeit dafür alternative Methoden? Welche Methoden der Bildungsarbeit könnten angemessen sein?

Vorurteilsfreie Kommunikation kann gelernt werden

Elke Reuter, Mediatorin und Bildungstrainerin betonte, die SeniorInnen seien zwar bisher nicht im Fokus der politischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus gewesen, aber an sich seien sie nicht anders als andere Zielgruppen.

Elke Reuter bildet im Rahmen der Organisation „Seniorpartner in School“ (SIS) SeniorInnen zu MediatorInnen in Schulen aus. In der Ausbildung vermittelt Reuter zunächst die Grundlagen einer vorurteilsfreieren Kommunikation.

Dabei weist sie unter anderem auf die Gleichheit aller Menschen bezüglich ihrer emotionalen Bedürfnisse hin. Diese Bedürfnisse könnten nicht richtig oder falsch sein, so Reuter, sie seien einfach da und brauchten keine Beurteilung oder Diskussion. „Wo ich fühle, gibt es keine Meinungen“, so Reuter. Auf dieser Grundlage könne man jeden anderen Menschen wertschätzen und sich für ihn interessieren. Diese Wertschätzung drücke sich laut Reuter durch aktives Zuhören und Nachfragen aus. So entstehe ein achtsamer Umgang mit den biografischen und historischen Erlebnissen der anderen. Ihre Erfahrung zeige, sagte Reuter, dass gerade ältere Menschen für diese Art der Kommunikation zum Abbau von Vorurteilen zugänglich seien: Erfahrungen würden neu bewertet, Tabus ohne Vorurteile betrachtet und mit einer Prise Humor erkundet. So bauten sich ganz nebenbei die Vorurteile der SeniorInnen ab. Zudem würden die älteren Menschen als MediatorInnen in der Schule gebraucht. Das ließe das Gefühl der Isolation, das viele RentnerInnen haben, verschwinden.

Konzepte aus der Jugendarbeit sind transferierbar

Dass interkultureller Austausch zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung internationalen Verständnisses auch bei Älteren noch funktioniert, zeigt Michaela Hansen. Sie gründete „Granny Aupair“ und vermittelt Rentnerinnen als „Aupair-Mädchen“, also als Babysitter, in alle Welt.

Über 300 Frauen sind mittlerweile in ihrer Kartei, 40 hat sie bisher vermittelt. Viele der Vermittelten erklärten laut Hansen, dass sie nicht mehr damit gerechnet hätten, dass sich ihr Lebenstraum, einmal längere Zeit ins Ausland zu gehen, noch erfüllen könnte. Die Aufenthalte selbst seien eine Schule der Toleranz, so Hansen. Man müsse sich einfühlen, beobachten, selbst zurückstecken. „Das geht nicht mit Herablassung, wenn Sie meinen, die Kinder dort seien aber schlecht erzogen,“ sagte Hansen während des

Workshops. Hansen räumte jedoch ein, dass diese Art der Bildung meist diejenigen erreiche, die schon von sich aus eher vorurteilsfrei und aufgeschlossen gegenüber anderen Kulturen sind. Dennoch sollte es mehr solche Austauschprojekte speziell für ältere Menschen geben, waren sich die Workshopteilnehmer einig.

Zusammenfassung des dritten Workshops: Ältere Menschen sind eine vernachlässigte Zielgruppe, die Zeit und Gelegenheit hätte, sich prodemokratisch in die Gesellschaft einzubringen. Dieses Engagement wird erleichtert, wenn man grundsätzlich eine wertschätzende Haltung gegenüber den emotionalen Bedürfnissen aller Beteiligten einnimmt und den SeniorInnen damit Gelegenheit gibt, sich als positive Bereicherung des Soziallebens zu fühlen. Es gibt keinen offensichtlichen Grund, warum sich Bildungseinrichtungen dieser Zielgruppe auch im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht verstärkt zuwenden können, im Gegenteil: Die besondere Stellung der Älteren und die Autorität ihrer Lebenserfahrung macht sie für die Demokratietarbeit besonders wertvoll.

Workshop 4: Wie kann man auch im Alter noch Zivilcourage zeigen?

Moderation: Frauke Büttner

Als Einstieg ins Thema stellte Bianca Klose, Geschäftsführerin des Vereins für demokratische Kultur e.V. und Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), einige grundlegende Überlegungen zur Zivilcourage vor. Sie kritisierte, dass der Begriff Zivilcourage für die Verständigung über Möglichkeiten des Engagements von älteren Menschen irreführend oder sogar hinderlich sein könne. Zivilcourage werde oft mit einem offensiven Auftreten im öffentlichen Raum, einer direkten, spontanen Reaktion, die unvorhersehbare und eventuell auch körperliche Beeinträchtigungen nach sich ziehen kann, verbunden. Solche Bilder von „Mut haben“ und „sich zur Wehr setzen“, wie sie oft auch durch die Medien vermittelt werden, schreckten viele SeniorInnen ab.

Klose plädierte im Rahmen des Workshops für ein alternatives Verständnis von Zivilcourage. Sie bezeichnete Zivilcourage als „spezifischen Typus sozialen Handelns, das sich in spezifischen Situationen, in unterschiedlichen sozialen Kontexten und der Öffentlichkeit vollzieht, indem eine Person, seltener eine Gruppe, freiwillig eintritt für die legitimen, primär nicht-materiellen Interessen und die personale Integrität vor allem anderer Personen, aber auch des Handelnden selbst, und sich dabei an humanen und demokratischen Prinzipien orientiert.“ (als Fußnote: nach Gerd Meyer et. al.: Zivilcourage lernen. Analysen, Modelle, Arbeitshilfen. Tübingen 2004)



Workshop 4: Wie kann man auch im Alter noch Zivilcourage zeigen?

Demokratisches Handeln setzt demokratische Haltungen voraus

Um demokratische Handlungsmöglichkeiten für ältere Menschen auszuloten, sei es notwendig, die Einstellungen und Positionen älterer Menschen in den Blick zu nehmen. Klose wies darauf hin, dass es besonderer Anstrengungen bedarf, feste Standpunkte und Überzeugungen gerade bei SeniorInnen zu irritieren. Nur über Begegnung und Austausch sei dies möglich. Umso notwendiger sei es, auch in Wohlfahrtsverbänden, Seniorenstätten und -vereinen entsprechend sensibilisiertes und geschultes Personal einzusetzen.

Die Erfahrung von Zugehörigkeit motiviert

Wie kann Menschen, die sich engagieren möchten, Handlungssicherheit vermittelt werden? Bianca Klose verwies auf positive Erfahrungen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin. Im Rahmen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten würden bildliche Brücken zu älteren Menschen gebaut und Zugänge geschaffen. Auf ihre Biografie, ihren Hintergrund, ihre Ressourcen und Fähigkeiten angepasste Beratungs- und Unterstützungsangebote ermöglichten es den SeniorInnen laut Klose, sich zu positionieren und sich letztendlich zu engagieren.

Betrachte man das gesellschaftliche Engagement von älteren und jüngeren Menschen, sei das der einen Gruppe nicht weniger zivilcouragiert als das der anderen. Vielmehr zeigte es vielfältige Ausdrucksformen von demokratischen Haltungen und Handlungen. Die Organisation von kulturellen Veranstaltungen in SeniorInnenclubs oder von ZeitzeugInnengesprächen an Schulen gehöre ebenso zum Repertoire wie die Beteiligung an antifaschistischen Kiezspaziergängen, Verteilen von Informationsmaterial und Teilnahme an Demonstrationen. Um älteren Menschen Handlungssicherheit und -erfolge zu ermöglichen, sei ein zu enger Fokus auf das Thema Rechtsextremismus

nicht immer geeignet, da dieses durch die NS-Zeit für viele SeniorInnen mit traumatischen Erfahrungen verknüpft sei. Hier gelte es, so Klose, sensibel zu sein und das Engagement nicht einzuengen, sondern vielfältige Beteiligungsformen zu ermöglichen, die das Gemeinwesen in den Blick nehmen und demokratisches Engagement bereits im Kleinen erlebbar machen. Klose wies auf die wichtige Einbettung des Engagements von SeniorInnen in Gemeinschaftlichkeit hin, um Vereinzelung und Isolation zu durchbrechen. Die Erfahrung von Zugehörigkeit motiviere, auch für andere solidarisch einzutreten und verdeutliche, warum sich Engagement lohnt. Der Gesellschaft und vor allem auch den Medien komme die besondere Verantwortung zu, sowohl außerordentliches „zivilcouragiertes“ Handeln zu würdigen, darüber aber auch alltägliche Formen des demokratischen Engagements nicht zu vergessen.

SeniorInnen auch im Internet gegen „rechts“?

Als konkretes Beispiel für ein mögliches Engagement von SeniorInnen stellte Joachim Wolf von der Amadeu Antonio Stiftung das Projekt „Generation 50plus aktiv im Netz gegen Nazis“ vor. Das Projekt mache die TeilnehmerInnen damit vertraut, wie sie rechtsextreme Strategien und typische Argumentationsmuster in Foren, Chats und sozialen Netzwerken erkennen und mit diesen umgehen können. In mehreren Workshops werden gemeinsame Strategien gegen rechtsextreme Parolen im Netz entwickelt. Ziel sei dabei nicht nur die Vermittlung von Handlungssicherheit rund um das Internet, sondern auch die Entwicklung einer demokratischen Diskussionskultur. Wolf betonte den besonderen Erfahrungsschatz älterer Menschen, der gerade im Internet häufig zu wenig einfließe.

Eine Handlungsmöglichkeit für SeniorInnen bestehe darin, so Wolf, sich als ehrenamtliche ModeratorInnen von Foren zu engagieren. Joachim Wolf stellte am Beispiel der Debattenmoderation im Internet einige Maßnahmen vor,

mit denen rechtsextreme Inhalte gemeldet oder sogar entfernt und Diskussionsregeln transparent gemacht werden könnten. Auch die Unterstützung von Online-Kampagnen und die Teilnahme an Online-Demonstrationen gehörten zum Repertoire des Handelns für mehr Demokratie im Netz, für das man auch ältere Menschen fit machen könne. Das Internet biete die Möglichkeit, so Wolf, sich unabhängig von etwa einer Präsenz auf der Straße in Form von Demonstrationen zu positionieren und inhaltlichen Einfluss auf Diskussionen zu nehmen.

Zusammenfassung des vierten Workshops: Insgesamt bietet das Internet SeniorInnen einen weiteren, weitfassenden Spielraum für ein Engagement gegen Rechtsextremismus. Da gerade Ältere weniger vertraut mit dem Internet sind, besteht Bildungsbedarf.

Zusammenfassung der Konferenz

Ältere Menschen werden häufig bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht beachtet. Zum einen werden sie bislang wenig als Zielgruppe wahrgenommen, d.h. als Menschen, die wie andere Altersgruppen auch rechtsextreme Weltanschauungen und rechtes Gedankengut in ihr Denken übernehmen. Zum anderen werden die Potentiale älterer Menschen bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu wenig genutzt.

Es gibt einen großen Handlungsbedarf für Politik und Gesellschaft. Die Konferenz „SeniorInnen gegen „rechts“?“ hat gezeigt, dass viele ältere Menschen entschlossen sind, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren; es müssen nur noch passende Angebote geschaffen werden.

Empfohlene Literatur

Peter-Georg Albrecht: „Von früher lernen heißt...“ Zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen gegen Rechtsextremismus: Eine Neulandbegehung in Ostdeutschland (Amadeu Antonio Stiftung 2010)

Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010 (Friedrich-Ebert-Stiftung 2010)

Oliver Decker und Elmar Brähler: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 (Friedrich-Ebert-Stiftung 2008)

Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Norman Geißler, Elmar Brähler: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen 2008, qualitative Untersuchung von Gruppendiskussionen von Personen, die an der Fragebogenuntersuchung „Vom Rand zur Mitte“ teilgenommen haben, Universität Leipzig (Friedrich-Ebert-Stiftung 2008)

Oliver Decker, Elmar Brähler, Norman Geißler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland 2006, fragebogenbasierte Repräsentativbefragung, Universität Leipzig (Friedrich-Ebert-Stiftung 2006)

Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände (Suhrkamp, fortlaufend seit 2002)

Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung (Friedrich-Ebert-Stiftung 2011)

Das **Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die **Publikationsreihe „Expertisen für Demokratie“**, welche ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dokumentiert.

Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.